

UNSERE KRAFT FÜR DAS TIROL DER NÄCHSTEN GENERATION.

ÖVP: Mit minimalen Verlusten weiterhin für die Geschicke des Landes verantwortlich

BILANZ & AUSGANGSLAGE

Tirol muss nach oben

Die Bilanz der Platter-Jahre spiegelt sich in den Tiroler Polit-Skandalen ebenso wider wie in den zahlreichen Schlusslicht-Positionen des Landes. Die Ausgangslage für die neue Tiroler Landesregierung ist trist. Die Klientel-Politik hatte flächendeckende Auswirkungen.

Erwin Zangerls Vermutung war so erhellend wie ernüchternd und gleichzeitig war sie ein Hinweis auf die gefährliche Schwäche der VP-dominierten Tiroler Landespolitik. Kurz nachdem Ende März 2013 von der AUA (Austrian Airways) bekanntgegeben wurde, dass die Arbeitsplätze von 109 Verwaltungsmitarbeitern der Tyrolean Airways von Innsbruck abgezogen werden, teilte der Präsident der Tiroler Arbeiterkammer mit: „Mit 1. Juli 2012 wurde der gesamte Flugbetrieb der AUA von der eigenständigen Tyrolean GmbH übernommen. Bereits Anfang März wurde von Wien aus Druck gegen den Standort Tirol gemacht. Durch die Verlagerung nach NÖ entgehen Tirol allein rund 45 Millionen Euro an Beitragsvolumen, also ca. 9 Millionen Euro an Beiträgen für die TGKK! Es deutet vieles darauf hin, dass seit Längerem politisch interveniert wurde, um eine Ummeldung der AUA

nach Tirol zu verhindern! Diesem Druck dürfte sich der AUA-Chef gebeugt haben, denn die vorgesehene Ummeldung wurde plötzlich von der AUA-Spitze untersagt.“

Stimmt Zangerls Einschätzung, dann hätte starker politischer Druck aus Tirol diesen schmerzhaften Aderlass verhindern können, dann sind der Verlust der 109 Arbeitsplätze und die persönlichen bzw. familiären Schicksale, die damit verbunden sind, auch der Schwäche der Tiroler Politiker zu verdanken. Stimmt Zangerls Einschätzung, darf das Tyrolean-Desaster als die letzte in einer langen Reihe von Schwäche-Bezeugungen gewertet werden, welche die vergangene Legislaturperiode unter Landeshauptmann und VP-Obmann Günther Platter brandmarkten. Stärke bewies seine – massiv von Ex-Bauernbundobmann Anton Steixner beeinflusste – Regierungsmannschaft dann, wenn es darum

ging, die Privilegien jener Klientel zu erhalten, der sich die VP verpflichtet fühlte. Dies gipfelte darin, dass sich die ÖVP in der Agrarfrage bzw. der Frage der Rückübertragung des Gemeindeguts von den Agrargemeinschaften an die Gemeinden über die Grundsätze der Demokratie hinwegsetzte, um sich schützend vor die Nutznießer des Jahrhundert-Unrechts zu stellen. Ging es in den vergangenen Jahren aber um das ganz alltägliche Schicksal der Tirolerinnen und Tiroler, wurde die dem grundsätzlichen Lösungsunwillen innewohnende Schwäche der Verantwortlichen schmerzhaft spürbar. „Tirol ist oben“, stand auf einem Wahlplakat Platters. Die Zahlen, Studien und tatsächlichen Zustände sagen das Gegenteil: Tirol ist unten. Für viel zu viele seiner Bewohner.

Anfang April 2013 veröffentlichte das Unterrichtsministerium eine Österreich-Rangli-

ste, in welcher die Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder nach Bundesländern gereiht wurden. Daraus geht hervor, dass Tirol nur sechs Prozent der Tiroler Pflichtschüler (Volksschule, Hauptschule, Neue Mittelschule, Sonderschule, Poly) einen sogenannten Ganztagsplatz bieten kann. In dem Bereich bildet Tirol das Schlusslicht. Diese Position hat das Land in vielen der Bundesländer vergleichenden Ranglisten inne, doch spiegelt die Schlusslicht-Rolle im Bereich der Ganztagsbetreuungsplätze die Haltung der Tiroler Politik in schwer beeindruckender Deutlichkeit wider. Ohne derartige Plätze für Kinder müssen sich die Familien selbst darum kümmern, dass die Betreuung gewährleistet ist. Ohne nette Großmutter oder andere soziale Puffer sind die Tiroler Familien großteils geradezu dazu gezwungen, dem überkommenen Gesellschaftsbild der ÖVP zu entsprechen, in dem die Mütter zu Hause bleiben oder sich bei der Organisation der Kinderbetreuung „zerwursteln“ müssen. Die in vielen Familien für das alltägliche Überleben notwendigen Verdienstmöglichkeiten der Mütter werden auf der anderen Seite auf rar gesätes und meist schlecht bezahlte Halbtags- oder Teilzeitbeschäftigungen beschränkt. Ein Teufelskreis.

Es ist und bleibt eine politische Entscheidung, wie Kinderbetreuung organisiert wird, und in der Tatsache, dass nur sechs Prozent der Tiroler Pflichtschüler ganztags betreut werden können, schlummert zudem eine folgenschwere Realitätsverweigerung der verantwortlichen Politiker. Mag Tirol mit rund 38 Prozent auch eine der niedrigsten Scheidungsraten der Republik aufweisen, so wird doch mindestens jede dritte Ehe geschieden und diese Tatsache müsste längst Ansporn sein, sich vom Familienbild der 1950er Jahre zu verabschieden. Die Buße für diese sture beziehungsweise dumme Patriarchenhaltung müssen meist die Frauen übernehmen, die nach Scheidungen die Zahl der Alleinerzieherinnen erhöhen – und alleinerziehende Frauen stehen auch in Tirol auf der untersten Sprosse der gesellschaftlichen Leiter. Dort bekommen sie die Auswüchse der Tiroler Missstände in aller Härte zu spüren. Alleinerzieher-Einkommen liegen in Tirol rund 6000 Euro unter dem Österreich-Durchschnitt. In einem Haushalt, in dem jeder Euro dreimal umgedreht werden muss,

sind 6000 Euro eine gigantische Summe. Eine Summe, die nicht kompensiert werden kann. Alleinerzieherinnen wandeln statistisch und faktisch am Rande der Armut. Wenn sie nicht längst als arm bezeichnet werden müssen.

Rund 100.000 Tiroler sind armutsgefährdet, knapp 20.000 davon sind Kinder. Kann da ernsthaft behauptet werden, dass Tirol oben ist? Ist die Tatsache, dass rund 30.000 Tiroler zu wenig zum Leben verdienen, etwa ein Hinweis auf einen Höhenflug? Oder macht nicht vielmehr das Wissen darum, dass nur jeder zweite Tiroler Arbeitnehmer



Ex-Landesrat Anton Steixner, Patrizia Zoller-Frischauf

ganzjährig vollzeitbeschäftigt ist, schwindeln? 14.000 Tiroler leben von der Mindestsicherung, 40.000 Tiroler können sich das Heizen im Winter nicht leisten und es gibt sie, diese stillen Mindestrentnerinnen, denen 13 Euro pro Tag zum Leben bleiben. Frost und Frust. Schon Tradition hat die Erkenntnis, dass das Durchschnittseinkommen der Tiroler im Vergleich zu den restlichen österreichischen Bundesländern das schlechteste ist, dass die Wohnkosten die teuersten sind und die Lebenskosten im Allgemeinen die höchsten.

Und das in einem Land, das auf der anderen Seite jährlich rund 400.000 Euro „Zuwendung für die Verbilligung der Hagelversicherung“ an eine Handvoll Gemüsebauern zahlt, das bei fragwürdigen Prestige-Bauten, wie dem Bergisel-Museum, über 20 Millio-

nen Euro mehr als geplant ausgibt und zig Millionen locker lockermacht, wenn die VP-Klientel bedient werden soll. Die Schieflage ist offensichtlich.

Um ihr im Sinne der „vergessenen Bürger“ zu begegnen, gab es in der vergangenen Legislaturperiode durchaus Ideen. Die Liste Fritz (Bürgerforum) etwa stellte im Landtag den Antrag, dass Mindestpensionisten, Wenigverdiener, Alleinerziehende und kinderreiche Familien über die Landesunternehmen TIWAG und TIGAS einen 15 bis 20 Prozent günstigeren Energie-Tarif bekommen sollten.

Großkunden aus Industrie und Wirtschaft dürfen sich über derart vergünstigte Preise freuen. Arme oder von Armut Bedrohte nicht. Der Vorschlag wurde von der ÖVP-SPÖ-Koalition abgelehnt. Obwohl hier die Landesregierung direkt und rasch jenen helfen hätte können, die schon auf die zwölf Sozialmärkte angewiesen sind oder auf „Almosen“ von Caritas und anderen Hilfseinrichtungen, tat sie es nicht. Und bewies damit nicht nur Schwäche, sondern schon eine Art Boshaftigkeit, indem sie klarstellte: Ihr nicht!

Im Zusammenhang mit der Armutsdebatte schoss Wirtschafts- und Frauenlandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Vogel ab. Im Frühjahr 2009 stellte sie fest, dass sie wisse, was Kinderarmut sei, die gebe es in Afrika, aber nicht in Tirol. Zoller-Frischaufs Aussage wurde als beschämend empfunden, arrogant, ignorant und dreist – doch wurde die Aussage gleichsam zum Programm jener Regierung, deren Chef Günther Platter in der Regierungserklärung angekündigt hatte, Tirol zum familienfreundlichsten Land zu machen. Welch Hohn.

Der Rattenschwanz, der dem Ausblenden der tatsächlichen Zustände und dem daraus folgenden logischen Unwillen, selbige zu ändern, folgt, ist dramatisch. Etwa weil Armut genauso vererbbar ist wie Bildungschancen. „Die Wahl des Bildungswegs hängt nicht von persönlichen Begabungen ab, sondern vielmehr vom Kontostand der Eltern“, kritisierte Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe im Juni 2012. „Wer arme Eltern hat, hat schlechtere Chancen in der Schule und Kinder von armen Eltern sind die armen Erwachsenen von morgen.“ Die Zukunftsmusik des Landes bekommt vor diesem Hin-

tergrund ganz andere Vorzeichen und nur Zynische mögen in dem Zusammenhang den berühmten Spruch Karl Valentins lustig finden, der feststellte: „Die Zukunft war früher auch besser.“ Die Gegenwart ist die Zukunft von gestern und verantwortlich dafür ist eine Politik, die in den Jahren seit 2008 weit mehr, als ihr lieb war, vor den Vorhang geholt und als verantwortungslos gegenüber der Mehrheit entlarvt wurde. Mag sein, dass eine Landesregierung nicht von heute auf morgen Lohnschemas, Mietpreise und Lebenskosten positiv verändern kann, doch kann eine starke Politik darauf einwirken und sie kann dem Zustand rasch Schärfe nehmen. Wenn sie will, versteht sich. „Die Einkommen und die Lebenskosten müssen wieder zusammenpassen, um Tirol zukunftsfähig zu machen“, hielt Erwin Zangerl im Mai 2012 fest, als wieder einmal verkündet wurde, wie schlecht die Einkommenssituation der Tirolerinnen und Tiroler ist, wie exorbitant die Lebenskosten gestiegen sind oder wie unverschämte hierzulande an den Tankstellen abgezockt werden darf. „Hier müssen wir die Landespolitik in die Pflicht nehmen. Die Schmerzgrenze für immer mehr aktive und ehemalige Arbeitnehmer und ihre Familien ist erreicht. Wenn aus Arbeit kein Eigentum mehr geschaffen werden kann und bei immer mehr Arbeitnehmerhaushalten mit dieser harten Arbeit gerade noch das tägliche Leben bestritten werden kann, ist das Land gefordert, dieses Ungleichgewicht auszugleichen.“

Die Ausgangslage für die neue Tiroler Landesregierung ist keine lustige. Mit dem Erbe der Ungleichheit und Arroganz umzugehen, welches das seit Jahrzehnten vorherrschende Tiroler Polit-System tief verwurzelt hat, ist eine Herausforderung, die Schwäche nicht zulässt. Und die Bilanz der letzten Regierungs-Periode fällt auch jenseits der verschlimmerten Tristesse in den Tiroler Familienhaushalten schmerzhaft aus.

Als Anfang April 2013 bekanntgegeben wurde, dass die Produktion des Tirol-Milch-Produkts „Latella“ von Wörgl nach Niederösterreich verlagert wird, wurde das Augenmerk auf Umwegen auf eine der größten Niederlagen der heimischen Politik gelenkt. Fast vergessen wurde im Zuge der an Affären und Skandalen so reichen Regierungsjahre

unter Günther Platter und Anton Steixner, dass die Tirol Milch seit 2010 nur noch als Marke, nicht aber als eigenständiges Tiroler Unternehmen existiert. Trotz über die Jahre unheimlich anmutender Subventionszahlungen durch die öffentliche Hand musste die Tirol Milch verkauft und in die oberösterreichische Berglandmilch eingegliedert werden. Als „Ausverkauf der Tirol Milch“ und „Eingeständnis jahrelanger Misswirtschaft unter ÖVP-Bauernbundobmann Steixner“ bezeichnete Fritz Dinkhauser das Ende der Tiroler Molkerei. Georg Willi (Grüne) sah



Landesrat Tilg (o.), LH Platter, Bauernbunddirektor Raggl (v. li.)

in der Fusion ein „Armutzeugnis für die Politik der ÖVP“ und noch bevor die Dramatik ihren Höhepunkt erreicht hatte, hatte Franz Fischler, Ex-EU-Kommissar, in einem ECHO-Interview Ende 2009 festgestellt: „Erfolgreich kann eine mittlere Molkerei – wie die Tirol Milch – nur sein, wenn sie ständig auf Innovationen aus ist. Das letzte neue Produkt hat die Tirol Milch vor mehr als 20 Jahren auf den Markt gebracht. Das war Latella und das ist nicht einmal ein Milch-, sondern ein Molkeprodukt. Sich nur damit zu rühmen, man habe eine neue Käsesorte herausgebracht, weil man bei einem alten Käse eine neue Farbe für die Rinde verwendet, ist nicht Wunder wie innovativ.“ Die Misswirtschaft im zutiefst bauernbündisch geprägten Unternehmen, in dem mehr der Familienna-

me der verantwortlichen Manager zählte als deren Qualifikation, rächte sich. Im Februar 2011 genehmigte das Kartellgericht die Fusion der Tirol Milch mit der Berglandmilch. Dieses Desaster traf das Selbstverständnis der heimischen Landwirtschaft weit mehr als das Agrargemeinschaftsthema, welches die letzten Jahre beherrschte. Über 60 Prozent der Agrargemeinschafts-Mitglieder und Nutznießer des Jahrhundert-Unrechts sind keine praktizierenden Landwirte, wodurch diese Debatte mehr zu einem Stellvertreter für die Zwei-Klassen-Gesellschaft wurde, mit der die ÖVP das Land über

Jahrzehnte missbrauchte. Dass die VP unter Günther Platter in dem Zusammenhang unzählige Bekenntnisse für die Ungleichheit der Tiroler Bürger abgab, steht auf einem anderen Blatt. Mit Landwirtschaft an sich hat das nichts zu tun. Und die Landwirtschaft an sich leidet flächendeckend darunter, dass sich ihre Interessensvertreter den Großen weit mehr verpflichtet fühlen als den Kleinen. Jährlich verabschieden sich rund 170 Tiroler Bauern von der Landwirtschaft. Sie tun es nicht gern. Am 8. April 2013 erregte der Absamer Landwirt Hans Unterkircher Aufsehen, als er die Kündigung seiner Mitgliedschaft beim Tiroler Bauernbund öffentlich machte. „Leider wird es mit der Situation in der Landwirtschaft immer schlimmer. Ich fühle mich durch den Bauernbund mit seinen maßgeblichen Funktionären (außer ganz wenigen Ausnahmen) eigentlich schon seit einiger Zeit nicht mehr vertreten“, schrieb er an den Direktor

des Bauernbunds, Peter Raggl, und hielt zu Beginn und am Ende seines Schreibens fest: „Mir reicht’s endgültig!“

Dass Unterkircher damit aussprach, was sich manche Tiroler Bauern denken, nachdem sie sich mit der Rückzahlung von Alm-Subventionen konfrontiert sehen, die vielfach auf Grundlage der Berechnungen der Tiroler Landwirtschaftskammer ausgezahlt worden waren und den Berechnungen der AMA (Agrarmarkt Austria) teils eklatant widersprechen, ist gut möglich. Wieder trifft es die kleinen Bauern, denen die aktuellen Rückzahlungs-Forderungen an die Substanz gehen. Den großen Subventions-Kaisern im agrarischen Schlaraffenland kann’s egal sein. Auch in der bäuerlichen Tiroler Welt passt nichts mehr zusammen. Auch dort wird die

Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Vor dem Hintergrund könnte die Tiroler Landwirtschaft durchaus als sinkendes Schiff bezeichnet werden, das von seinem langjährigen Kapitän Anton Steixner geschwind verlassen wurde.

Kurz vor der Landtagswahl ballten sich die negativen Nachrichten, die gleichzeitig Erbe und Auftrag für die nächste Landesregierung darstellen. Ende März 2013 blieben aufmerksamen Beobachtern nicht so sehr die entweder ganz schlechten oder schlicht die Unwahrheit verbreitenden Wahlplakate im Gedächtnis hängen, sondern vielmehr Botschaften wie jene aus der TILAK, der Tiroler Krankenhausholding. Für 2013 wurde dort ein Defizit von 43,2 Millionen Euro budgetiert, die Meldungen über Ärzte, welche die Innsbrucker Klinik verlassen, reißen genauso wenig ab wie die Diskussionen um die schlechten Arbeitsbedingungen und Entlohnungen der Mediziner am unteren Ende der Krankenhaus-Hierarchie oder die Forderungen, dass der TILAK-Dschungel durchforstet gehört, damit die enormen Summen, welche der aufgeblähte Verwaltungsapparat verschlingt, der Patientenversorgung zugute kommen. In den Häusern der Krankenhausholding und vor allem auf der Universitätsklinik bahnt sich ein Crash ungeahnten Ausmaßes an. Schon jetzt müssen Stellen unbesetzt bleiben, weil sich auf Ausschreibungen niemand meldet. Schon jetzt ist klar, dass die Ausbildung junger Ärzte in ein qualitatives Tief schlittert, weil erfahrene Ausbilder angesichts der miesen Zukunftsperspektiven die Flucht ergreifen. Die verantwortlichen Tiroler Politiker wollten das heiße Eisen nicht angreifen und zur großen Diskussionsrunde, die Anfang April 2013 stattfand und die Dramatik auf den Punkt brachte, schickte die Tiroler ÖVP nicht etwa Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg, sondern Bundesrat und Bauernbündler Georg Keuschnigg. Das wurde als ultimatives Zeichen der Ignoranz wahrgenommen und dementsprechend negativ honoriert.

Kurz nach dieser Einsicht in die Problemlösungsbereitschaft der Regierung wurde am 10. April 2013 der Endbericht des Rechnungshofs zur Überprüfung der Verhältnisse des Landes Tirol zum Seilbahnkaiser-Unternehmen Schultz vorgelegt. Dass die Schultz-

Gruppe über die Jahre fast 50 Millionen Euro aus öffentlichen Steuergeld-Kassen erhalten hatte, war schon bekannt gewesen, über die Weisungen der verantwortlichen Regierungsmitglieder und fragwürdige Jagdeinladungen derselben in die Schultz'schen Reviere war schon diskutiert worden. In der aktuellen Diskussion ging es darum, dass sich das Unternehmen im Zusammenhang mit den zahlreichen Strafverfahren, die von den Bezirkshauptmannschaften Schwaz und Lienz eingeleitet worden waren, keine allzu großen Sorgen machen musste. Als Fazit der Schultz-



Ex-Landesrat Switak (o.), VP-Regierungsbank

Geschichte blieb die Erkenntnis übrig, dass es jenen gut geht in Tirol, die es verstehen, sich ein wohlwollendes Umfeld im Landhaus zu schaffen. Als Fazit der Schultz-Geschichte blieb aber auch übrig, dass zu viel Wohlwollen geahndet werden kann. Ex-VP-Landesrat Christian Switak musste mit seinem Rücktritt dafür bezahlen, durch sein Wohnverhältnis zur Schultz-Gruppe ins Zwielicht geraten zu sein. Dass am 29. März 2013 bekanntgegeben wurde, dass die Korruptions-Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Switak eingestellt hatte, änderte nichts daran, dass die Switak-Affäre als Beispiel für den Total-Verfall des moralischen Gerüsts der VP-Regierung gewertet wurde. In diese Kategorie passt auch, was am 2. April 2013 öffentlich wurde. „Tiroler Steuergeld für ÖVP-nahe Agenturen“ hatte die

Liste Fritz eine Anfrage betitelt, die an diesem Dienstag beantwortet wurde. Zwischen 2008 und 2012 wurden demnach Landesaufträge im Wert von 637.301 Euro an drei Agenturen mit klarer Nähe zur VP vergeben, 409.699 Euro allein an Headquarter/AD Partners, die ehemalige Agentur des Geschäftsführers der Tiroler VP, Martin Malaun.

Während diese rechtlich nicht strafbaren, moralisch bzw. ethisch aber als verwerflich zu bezeichnenden Entwicklungen einer tiefgehenden Läuterung bedürfen, sind die Herausforderungen in anderen Bereichen durchaus handfest. Die Landesgesellschaften Hypo und TIWAG hatten in der vergangenen Legislaturperiode mit wenig Positivem aufzuwarten. In Sachen Ausbau der Wasserkraft herrschte beim Landesenergie-Versorger ein gefährlicher Stillstand, die Cross-Border-Leasing-Geschichte ist nach wie vor nicht ausreichend geklärt und zudem wurde das Tiroler Paradeunternehmen mit in die Schatten gezogen, welche die Landesbank Hypo verdunkelten. Als Eigentümervertreter war hier wie dort Landeshauptmann Günther Platter für Grundsatzentscheidungen verantwortlich und er war es auch, der die TIWAG damit belastete, der Hypo mit über 200 Millionen Euro auszuweichen. Die Tatsache, dass im Zusammenhang mit diesem Rettungszuschuss mal von 220, mal von 230 und dann wieder von 250 Millionen Euro gesprochen wird, deutet darauf hin, dass ab einer gewissen Millio-nenhöhe auf- und abgerundet wird, als handle es sich um Cent-Beträge.

Andererseits wurde durch diese in rasender Geschwindigkeit lockergemachte Millionen-Hilfe klar, dass das Land viel Geld hat und viel Geld fließen lassen kann. Dann jedenfalls, wenn dadurch politisches Versagen kaschiert werden soll. Soll aber jenen geholfen werden, die sich das Heizen nicht mehr leisten können, die zu wenig Geld zum Leben haben und von den zahlreichen Schlusslicht-Positionen des Landes mehrfach betroffen sind, wird Härte gezeigt und auf leere Taschen hingewiesen. Die Verhältnisse stimmen nicht mehr. Die Klientel-Politik der vergangenen viereinhalb Jahre unter LH Günther Platter hatte flächendeckende Auswirkungen. Tirol ist in vielen Bereichen unten. Von dort muss die neue Tiroler Landesregierung starten. Die Richtung sollte klar sein. **Alexandra Keller**